

6

NOTWENDIGER DENN JE – GEMEINSAM FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Statement der Oberbürgermeister-Initiative „Nachhaltige Stadt“ zur vorliegenden Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik

Wir, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Augsburg, Bad Homburg, Bonn, Bottrop, Darmstadt, Delitzsch, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel, Köln, Konstanz, Leipzig, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Osnabrück, Ravensburg, Rheine, Tübingen und Wernigerode, sind überzeugt: Nachhaltige Entwicklung erfordert gemeinsames und abgestimmtes Handeln auf allen politischen Ebenen und in der Breite der Gesellschaft.

Zu dieser Studie haben wir wichtige Erkenntnisse, Erfahrungen und Ideen aus unserer Praxis nachhaltiger Entwicklung beigesteuert. Wir haben auch die Grenzen angesprochen, vor denen wir in der kommunalen Praxis immer wieder stehen – obwohl wir mehr erreichen könnten. Wir mahnen deshalb auch Änderungen an und erheben Forderungen.

Für sichtbare Fortschritte in Richtung nachhaltige Entwicklung ist der Dialog zwischen allen staatlichen Ebenen ein wichtiges Element. Dieser Dialog über die Gestaltung von nachhaltiger Entwicklung und die Aufgabe jeder einzelnen Ebene darin muss zu einer Selbstverständlichkeit werden und auf gleicher Augenhöhe stattfinden. Wir möchten mit unseren Kenntnissen, Einsichten, Visionen, aber auch unseren Forderungen dazu beitragen.

In dieser Studie setzen wir mit den Themen Wohnen, Mobilität und Kommunal Finanzen Akzente bei kommunalen Handlungsfeldern, in denen wir mit

Blick auf die ökologischen, sozialen und ökonomischen Erfordernisse nachhaltiger Stadtentwicklung dringenden Handlungsbedarf sehen.

Wohnen ist für uns ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte. In den kommenden Jahren stehen wir vor der Aufgabe, mancherorts Wachstum zu bewältigen, andernorts Stagnation oder sogar Schrumpfung zu gestalten. In jeder Stadt stehen wir gleichermaßen zu unserer Verantwortung, preiswertes Wohnen zu gewährleisten – in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den anderen Wohnungsmarktteuren. Unser Ziel ist es, aktiv der Spirale aus Wohnungsknappheit, Preissteigerungen und Verdrängung entgegenzuwirken, um qualitativ angemessenen und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Wir achten auf eine sozial verträgliche Erneuerung des Wohnungsbestands und fördern den sozialen Wohnungsneubau.

Die zunehmende Zuwanderung in unsere Städte bestätigt uns deren Attraktivität. Sie ist gleichzeitig Ansporn unseres Handelns. Diese Wachstumsdynamik eröffnet viele Chancen, städtische Lebensräume zukunftsfähig zu gestalten und kraftvolle Visionen der Stadt des 21. Jahrhunderts zu entwerfen. Wir dürfen uns jedoch nicht auf Wachstum verlassen, sondern entwickeln Zukunftsstrategien für unsere Städte vor dem Hintergrund der sich wandelnden demografischen Situation, geringeren wirtschaftlichen Wachstums und der Notwendigkeit suffizienter Lebensstile. Wir nehmen wahr, dass das Tempo der Veränderungen vielen Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereitet. Das Leitbild der kompakten, solidarischen Stadt bedarf einer intensiven Debatte in der Stadtgesellschaft. Wir verstehen es als zentrales Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen zu Stadtentwicklungs- und Wohnbauprojekten zu beteiligen. Hierfür personelle und finanzielle Ressourcen einzusetzen sehen wir als überaus notwendig und ertragreich an. Generell erwarten wir von allen Beteiligten einen konstruktiven Dialog und die Akzeptanz der Entscheidungen der repräsentativ gewählten Vertreterinnen und Vertreter.

Wir verpflichten uns, die Zahl der kostengünstigen und sozial gebundenen Wohnungen im Rahmen des Möglichen zu erhöhen. Um dies zu erreichen, ist Neubau nicht die alleinige, aber eine sehr wichtige Maßnahme. Wir werden konsequent die uns zur Verfügung stehenden Instrumente wie Liegenschaftspolitik, Wohnraumförderung oder Baulandmodelle nutzen, um dort, wo Bedarf besteht, mehr Neubauten zu erstellen. Wir treiben zugleich die kontinuierliche Weiterentwicklung und energetische Verbesserung des Gebäudebestands insgesamt voran. Dies erfordert, die sozial gerechte Wohnungsversorgung immer in Verbindung mit einer ökologischen Perspektive auf Energie,

innerstädtische Grünflächen und Landschaft zu sehen. Unsere kommunalen Wohnungsbauunternehmen gehen vielfach mit gutem Beispiel zur nachhaltigen Entwicklung voran. Wir fordern die Länder und den Bund auf, ihren Teil dazu beizutragen, um damit verbundene Zielkonflikte – Stichworte: stabile gesetzliche Rahmenbedingungen, Konsolidierung der städtischen Haushalte, Schuldenabbau – zu entschärfen.

Die kompakte Stadt ist der beste Weg zum Schutz der Landschaft. Wir nehmen das Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung überaus ernst. Das bedeutet für uns mehr als Nachverdichtung der Innenstädte und Reaktivierung von Brachflächen. Wir wollen im Sinne einer „doppelten Innenentwicklung“ zugleich die bestehenden Grünräume schützen, erweitern und aufwerten.

Wir bekennen uns dazu, eine Willkommenskultur in unseren Städten zum dauerhaften Anliegen der Stadtspitze zu machen. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge hat oberste Priorität, ist ein wesentlicher Baustein der Integrationspolitik und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Nachhaltige Mobilität verlangt nach einer Stadt der kurzen Wege, in der die Menschen ihre Ziele sicher und mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln erreichen. Wir setzen uns intensiv dafür ein, attraktive Mobilitätsangebote zu entwickeln, und wollen die Bürgerinnen und Bürger für umweltfreundlichere Mobilitätsformen begeistern.

Dafür brauchen lebenswerte Städte und Regionen einen starken öffentlichen Personennahverkehr. Er bildet das Rückgrat jedes nachhaltigen Verkehrssystems. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen (Stadtwerken) vor Ort wird es unsere größte Herausforderung sein, rentable und attraktive Angebote zu sichern. Das Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes merken wir bereits heute, da wir, wegen der unsicheren Rechtslage und Finanzierung, wichtige Projekte zur Verkehrsinfrastruktur zurückstellen müssen. Wir sind uns der Verantwortung für ein nachhaltiges Mobilitätssystem bewusst, brauchen dazu jedoch zwingend eine verlässliche finanzielle Unterstützung seitens des Bundes und der Länder.

Für uns ist die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ein wichtiges Anliegen. Wir müssen gemeinsam mit den Stadtwerken, lokalen Verkehrsunternehmen und Mobilitätsdienstleistern, aber auch der lokalen Wirtschaft Allianzen bilden und kommunale Verkehrskonzepte (weiter)entwickeln. Wohnungsunternehmen sind dabei wichtige Partner. Gefragt sind Vernetzungsaktivitäten und die Initiative, entsprechende Dienstleistungen in der Kommune aufeinander

abzustimmen und zu verknüpfen. Im Bereich Elektromobilität müssen dem enormen technischen Fortschritt zudem nun auch attraktive Angebote seitens der Hersteller folgen.

Wir fordern, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung noch viel stärker als bisher integriert zu denken und zu planen. Wir brauchen dazu Verfahren und Vorgehensweisen, in denen Bürgerbeteiligung und verschiedene Beteiligungsformate eine größere Rolle spielen. Wir wissen, dass Bürgerbeteiligung aufwendig ist. Gleichwohl bestätigen unsere Erfahrungen, dass Bürgerinnen und Bürger bei Planungen und Entscheidungen wichtige Impulsgeber sein können. Wir als Städte müssen hierbei eine neue Rolle übernehmen, die (Strategie-)Prozesse begleiten und moderieren und die Ziele und Visionen kommunizieren.

Nicht zuletzt nehmen wir unsere Verantwortung für die Umsetzung einer nachhaltigen kommunalen Finanzpolitik ernst. Deshalb richten wir unsere Haushaltspolitik noch stärker am Leitbild der nachhaltigen Stadt aus, unter Einschluss von Erträgen, Aufwendungen sowie der Vermögenssituation der Kernhaushalte und der kommunalen Unternehmen.

Bei der Finanzplanung und -steuerung achten wir auf die dauerhafte Balance zwischen Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen. Mit der Doppik können wir schon heute unseren Ressourcenverbrauch abbilden. Wir nutzen dieses Potenzial und setzen geeignete Prüfverfahren und Steuerungsinstrumente ein. Wir tun das uns Mögliche, um unsere Schulden auf ein Maß zurückzuführen, das in Bezug auf unsere Vermögens- und Ertragslage angemessen ist.

Schuldenabbau bedeutet für uns aber nicht, dass wir auf wichtige Zukunftsinvestitionen verzichten. Wir investieren in eine zukunftsfähige Infrastruktur und planen langfristig – noch stärker entlang den Zielen nachhaltiger Stadtentwicklung. Wir achten darauf, dass in den strategisch wichtigen Aufgabenbereichen genügend qualifiziertes Personal vorhanden ist, um kompetent planen und umsetzen zu können. Auch dabei müssen Bund und Länder ihren Teil zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen: durch ausreichende Finanzausstattung der Kommunen, moderne Ausbildungsgänge und eine attraktive Ausgestaltung des Dienstrechts.

Wir stehen ein für umfassende Transparenz und binden alle Stakeholder angemessen in Bedarfsermittlung und Planungen ein. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern die Möglichkeit geben, an der Gestaltung ihres Quartiers oder ihres Standortumfelds unmittelbar und sichtbar mitzuwirken.

Wir wünschen uns mehr Rückenwind von Bund und Ländern auf dem Weg zu nachhaltigen Finanzen. Wir erwarten von den Aufsichtsbehörden der Länder, dass sie uns ermöglichen, (auch kreditfinanzierte) Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur zu tätigen. Wir gewährleisten, dass sich diese im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung mittel- und langfristig „rechnen“. Zur Ermittlung geeigneter Bewertungsmaßstäbe, Instrumente und Methoden arbeiten wir eng mit Aufsichtsbehörden zusammen und tauschen unsere Erfahrungen untereinander aus.

Wir sind uns der Risiken und Chancen der nächsten Jahre bewusst. Große Risiken ergeben sich für die Gemeindefinanzierung, etwa durch die Unsicherheiten beim Auslaufen des Solidarpakts II und der Weiterführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung, die sich bereits heute in unseren Kommunen bemerkbar machen. Die Wirkungen der Schuldenbremse in den Ländern sind für uns noch nicht absehbar. Bund und Länder stützen insbesondere finanzschwache Kommunen mit der Entlastung bei den Sozialausgaben, temporären Investitionshilfen und den Schuldenentlastungsprogrammen. Dies sind wichtige Maßnahmen. Grundlegend bleiben unsere strukturpolitischen Anliegen. Wir fordern unverändert, dass Bund und Länder die Konnexitätsregeln verlässlich umsetzen und die bisherigen Aufgabenübertragungen an die Städte und Gemeinden unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung kritisch prüfen. Förderprogramme sind dann für uns hilfreich, wenn wir selbst Chancen haben, entsprechende Vorhaben aus eigenen Mitteln zu verstetigen. Die nachhaltige Finanzierung des heutigen Leistungsniveaus ist nicht gesichert. Hierzu wäre eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen erforderlich.

Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Bundesregierung darin unterstützen, die von ihr gesetzten nationalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. In wichtigen Bereichen ist dies bisher noch nicht gesichert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ziele in Zukunft in allen demokratisch und repräsentativ zusammengesetzten Gremien als Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands mitgetragen werden. Dazu empfehlen wir der Bundesregierung, die Ziele in einem ebensolchen Prozess breit zu erörtern.

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt
Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen
Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz
Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt am Main
Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode
Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf
Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg
Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück
Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, Norderstedt
Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel
Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig
Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Rheine
Oberbürgermeister Michael Korwisi, Bad Homburg
Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster
Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach
Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Lüneburg
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg
Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe
Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, Bonn
Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen
Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt
Oberbürgermeister Reinhard Paß, Essen
Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg
Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln
Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg
Oberbürgermeister Stefan Schostok, Hannover
Oberbürgermeister Werner Spec, Ludwigsburg
Oberbürgermeister Bernd Tischler, Bottrop
Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch
Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg